

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am Dienstag, 16.06.2026, 17:00 Uhr, in der Mensa der OBERSCHULE WIEFELSTEDE, Am Breeden 7, 26215 Wiefelstede

Anwesend:

Vom Schulausschuss

Ausschussvorsitzender

Irmgard Stolle SPD

Ausschussmitglied

Sonja Niemeier	CDU	
Kirsten Schnörwangen	CDU	Vertretung für Andrea Nacke
Christin Kruse	CDU	
Ralf Geerdes	SPD	
Dorit Schulz	SPD	
Dr. Patrik Schönfeldt	B 90/Grüne	
Anne Ilona Sieckmann	B 90/Grüne	
Enno Kruse	UWG	Vertretung für Ralf Becker
Katharina Thüer	UWG	
Michael Koch	FDP	

hinzugewähltes Mitglied

Rektorin Jutta Klages	bis 18.02 Uhr
Jennifer Pargmann	
Viktoria Heep	
Doris Tapken	Vertretung für Iris Brumund

von der Verwaltung

Jörg Pieper	Bürgermeister
Dana Neumann	Fachbereichsleitung Bildung, Generationen und Soziales

Protokollführerin

Dörte Sundermann

Gäste

12 Zuhörer

Presse

Wolfgang Wittig	Der Wiefelsteder
-----------------	------------------

Abwesend:

Ausschussvorsitzender

Ralf Becker	UWG	fehlt entschuldigt! Vertretung durch Enno Kruse
-------------	-----	--

Ausschussmitglied

Andrea Nacke	CDU	fehlt entschuldigt! Vertretung durch Kirsten Schnörwangen
--------------	-----	--

hinzugewähltes Mitglied

Iris Brumund

fehlt entschuldigt!

Vertretung durch Doris Tapken

Nazar Khomych

fehlt entschuldigt!

Keine Vertretung

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung und Begrüßung

Vor der Sitzung fand um 16.00 Uhr eine Begehung der Grundschule Wiefelstede zum Stand der Umbauarbeiten statt.

Der Ausschussvorsitzende Ralf Becker als auch seine Stellvertretung Andrea Nacke waren zur Sitzung verhindert.

Gemäß Geschäftsordnung übernimmt Ausschussmitglied Kruse um 17:02 Uhr den Vorsitz und begrüßt alle Anwesenden. Anschließend bittet Ausschussmitglied Kruse um Vorschläge, wer den Vorsitz übernehmen solle. Frau Schnörwangen schlägt daraufhin Frau Stolle vor. Weitere Vorschläge werden nicht unterbreitet. Frau Stolle wird gefragt, ob sie den Vorsitz annehmen, möchte, was sie bejaht.

Frau Stolle wird sodann einstimmig als Ausschussvorsitzende gewählt. Sie eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder

Ausschussvorsitzende Stolle stellt fest, dass mit Einladung vom 05.06.2026 ordnungsgemäß zur heutigen Sitzung geladen wurde.

Die Verwaltung verliest die Anwesenheitsliste mit den entsprechenden Vertretungen.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird von der Ausschussvorsitzenden Stolle festgestellt.

4. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung festgestellt. Es werden keine Anträge gestellt.

5. Beschlussfassung über die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung

Es werden keine Anträge zur Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung gestellt.

6. Genehmigung der Niederschrift vom 13.04.2026

Die Niederschrift vom 13.04.2026 wird mit drei Enthaltungen genehmigt.

7. Einwohnerfragestunde

Frau Wöhler teilt mit, dass Oldenburger Gymnasien Kinder ablehnen. Ihr Kind sei aber noch nicht abgelehnt worden. Gefragt wird diesbezüglich, ob Oldenburg demzufolge noch Kinder im gymnasialen Bereich aufnimmt?

Bürgermeister Pieper erklärt, dass nach dem Kenntnisstand der Verwaltung die Stadt Oldenburg den vorliegenden Aufnahmeanträge grundsätzlich nicht zustimmen wird.

8. Sachstandsbericht Rechtsanspruch Ganztagsbetreuung Vorlage: B/3081/2026

FBL Neumann informiert darüber, dass ab dem 1. August 2026 der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder schrittweise in Kraft tritt. Dies sei ein wichtiger Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Gleichzeitig stünden die Kommunen aber vor großen Herausforderungen. Sie müssen zusätzliche Betreuungsplätze schaffen und die notwendige Infrastruktur ausbauen. Viele Städte und Gemeinden sehen sich dabei mit erheblichen finanziellen und organisatorischen Belastungen konfrontiert, da die verfügbaren Mittel oft nicht ausreichen, um die steigenden Anforderungen vollständig zu decken.

Laut Neumann wird der Erfolg des Ganztagsausbaus daher maßgeblich davon abhängen, wie Bund und Länder die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen.

Leider unterliege der Schulkindergarten nicht dem Rechtsanspruch. Die Schule dürfe aber nach aktuellem Erlass entscheiden, ob das Kind am Ganzttag teilnehmen darf oder nicht.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Schönfeldt, was sich die Gemeinde dazu einfallen ließe, übernahm Frau Tapken als Schulleiterin der Grundschule Wiefelstede das Wort und teilte mit, dass Kinder, die den Schulkindergarten besuchen, noch nicht bereit sind, am Ganzttag teilzunehmen. Diese Erfahrung habe man im letzten Schuljahr, als man mit dem Ganzttag startete, gemacht. Man tue den Kindern keinen Gefallen damit.

Ausschussmitglied Sieckmann fragte nach einer Lösung durch eine eventuelle Betreuung durch Tagesmütter. Dies schloss Bürgermeister Pieper im Rahmen seiner Zuständigkeiten aus. Dies sei privat zu organisieren. Man müsse zudem erst einmal die tatsächlichen Bedarfe abwarten und im Blick behalten, was es dann für Möglichkeiten gibt.

Nach Aussprache ergeht einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Der Verwaltungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht Rechtsanspruch Ganztagsbetreuung zur Kenntnis.

**9. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über das Angebot und die Erhebung von Benutzungsgebühren für die zusätzliche Kinderbetreuung in den Ganztagschulen der Gemeinde Wiefelstede (Anschlussbetreuung)
Vorlage: B/3082/2026**

Ausschussmitglied Koch stellt den Antrag, den verwaltungsseitig gestrichenen § 1, Absatz 3, wieder in die Satzung aufzunehmen. Er spricht sich für eine kostenlose Betreuung der Kinder im Ganztag aus, für die der Rechtsanspruch gilt.

Bürgermeister Pieper erläutert hierzu, dass man zum Zeitpunkt der Erarbeitung der Satzung in 2024 davon ausgegangen sei, dass Bund und Land ihren Verpflichtungen nachkommen. Leider sei man eines Besseren belehrt worden. Weder Bund noch Land kämen für eine hundertprozentige Kostendeckung auf, sodass die Gemeinde wieder für eine Aufgabe einspringe, wo andere regulär zuständig seien. Da sich der Rechtsanspruch gegen den Träger der örtlichen Jugendhilfe richtet, wäre auch dieser ebenfalls zuständig. Die Satzung müsse dahingehend angepasst werden, um den Eltern die entsprechenden Betreuungszeiten anbieten zu können. Er halte dies für eine gute Lösung.

Als Ausschussmitglied Schönfeldt daraufhin bemängelt, dass sich keiner kümmere, erwidert Bürgermeister Pieper, dass sich die Gemeinde sehr wohl im Bereich der freiwilligen Leistung kümmere und daher eben genau dieses Angebot mache.

Frau Tapken ergänzt dazu, dass der schulische Ganztag kostenlos sei und es sich bei der Gebühr nur um die Gebühr für die Anschlussbetreuung handele.

Frau Stolle weist ebenfalls darauf hin, dass die Gemeinde nur eine minimale Lücke im Anschluss an den schulischen Ganztag schließt, die die Schulen momentan noch nicht komplett abdecken kann.

Es kommt daraufhin zur Abstimmung über den Antrag von Ausschussmitglied Koch, der da lautet:

Der Absatz 3 in § 1 der Satzung soll wieder eingefügt werden.

Nach Abstimmung über den Antrag von Ausschussmitglied Koch wird dieser mit 1 Ja-Stimme, 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Anschließend wird über die Beratungsvorlage abgestimmt. Bei zwei Enthaltungen ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über das Angebot und die Erhebung von Benutzungsgebühren für die zusätzliche Kinderbetreuung in den Ganztagschulen der Gemeinde Wiefelstede (Anschlussbetreuung).

Die Verwaltung wird beauftragt, die 2. Änderungssatzung öffentlich bekannt zu machen und zum 1. August 2026 in Kraft setzen.

10. Antrag des Gemeindefternrates auf Erhöhung der Taktung der Sitzungen des Schulausschusses des Rates der Gemeinde Wiefelstede
Vorlage: B/3083/2026

Das hinzugewählte Mitglied Heep erläutert den Antrag des Gemeindefternrates. Man sei immer der Zeit hinterher und Entscheidungen würden zu lange dauern. Aus ihrer Sicht solle der Schulausschuss nicht erst dann tagen, wenn akuter Handlungsbedarf bestehe.

Bürgermeister Pieper hält eine grundsätzliche Erhöhung der Frequenz der Ausschusssitzungen für nicht erforderlich und bezieht sich auf die Erklärung in der Beratungsvorlage. Es gäbe eine Jahresplanung, die mit den Ausschussvorsitzenden abgestimmt wird. Die Sitzungsfrequenz von vornherein zu erhöhen, mache keinen Sinn, da erfahrungsgemäß bei einer zu hohen Taktung Sitzungen häufig wieder abgesetzt wurden. Die letzte Sitzung des Schulausschusses habe gezeigt, dass sich bei dringenden Themen eine außerordentliche Sitzung schnell einberufen ließe. Außerdem können die Fraktionen zusätzliche Sitzungen beantragen.

Ausschussmitglied Schönfeldt befürwortet den Antrag des Gemeindefternrates.

Das hinzugewählte Mitglied Pargmann hätte sich Anträge der Politik, z. B. hinsichtlich der Containeranlage bei der Grundschule in Metjendorf gewünscht, sodass man sich mehr austauschen könne.

Ausschussmitglied Geerdes wünscht sich ebenfalls einen häufigeren Austausch, z. B. bei bedeutenden bzw. brisanten Themen.

Ausschussmitglieder Schnörwangen weist darauf hin, dass pro Quartal in der Regel ein Fachausschuss vorgesehen sei und sieht daher eine höhere Frequenz in Bezug auf die am Anfang eines jeden Jahres festgelegte und daraufhin abgestimmte Sitzungsfolge der Sitzungen des Verwaltungsausschusses und der Sitzungen des Gemeinderates kritisch. Die Verwaltung brauche auch entsprechende Zeit zur Vorbereitung der Sitzungen und führt entsprechend im Vorfeld alle notwendigen Gespräche, z. B. mit Eltern oder Schulleitung, damit alles geklärt werden kann, um stundenlangen Diskussionen zu vermeiden, sondern in der Sache gut entscheiden zu können.

Frau Niemeier gibt ebenfalls zu bedenken, dass eine Ausschusssitzung eine Menge Vorbereitung durch die Verwaltung und auch eine Menge an Nachbereitung erfordere. Bei einer engeren Taktung von z. B. sechs Ausschusssitzungen im Jahr wäre dies alle zwei Monate. Mit Sitzungspausen und Ferienzeiten wäre dies auch aus ihrer Sicht viel zu eng und sie sähe daher keine Notwendigkeit, permanent in den Austausch zu gehen. Da sehe sie eher die Vorbereitung bei der Gemeinde.

Ausschussmitglied Thüer sehe eher eine Erhöhung nach Bedarf.

Hinzugewähltes Mitglied Klages wünscht sich mehr informelle Sitzungen als Alternative.

Alsdann lässt Ausschussvorsitzende Stolle über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Dem Antrag des Gemeindegemeinderates auf Erhöhung der Sitzungsfrequenz des Schulausschusses wird nicht zugestimmt.

Dieser wird mit 5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung abgelehnt.

Vorsitzende Stolle stellt fest, dass über den Antrag auch in positiver Form abgestimmt werden muss und stellt daher folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Dem Antrag des Gemeindegemeinderates auf Erhöhung der Sitzungsfrequenz auf 4 Sitzungen wird zugestimmt.

Dem Beschlussvorschlag wird mit 10 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen sowie 2 Enthaltungen gefolgt.

**11. Antrag des Gemeindegemeinderates auf Neubesetzung des Schulausschusses des Rates der Gemeinde Wiefelstede
Vorlage: B/3084/2026**

Das hinzugewählte Mitglied Heep kann die Argumentation der Verwaltung anhand der Beratungsvorlage nachvollziehen und zieht daher den Antrag zurück.

Vielmehr solle die Verwaltung prüfen, ob in den Ausschusssitzungen alle Schulleitungen einen festen Tagesordnungspunkt bekommen können, indem sie die dann Möglichkeit hätten, regelmäßig zu berichten. Dies nimmt Bürgermeister Pieper als Auftrag für die Verwaltung mit und zukünftig werde ein entsprechender Tagesordnungspunkt eingerichtet.

Aufgrund der Rücknahme des Antrages wird über folgenden Beratungsvorschlag nicht mehr abgestimmt:

Dem Antrag des Gemeindegemeinderates vom 25.05.2026 wird für die laufende Wahlperiode nicht entsprochen.

**12. Gemeinsame Schulentwicklungsplanung auf Landkreisebene
Vorlage: B/3099/2026**

Bürgermeister Pieper erörtert, dass eine zukünftige Schulentwicklungsplanung in Zusammenarbeit mit allen Schulträgern aus dem Landkreis Ammerland und dem Landkreis stattfinden werde.

Es solle eine langfristige planerische Grundlage geben. Hier sei der Landkreis aktuell dabei, die Daten zu erheben. Wichtig ist dies vor allem für das Schuljahr 2027/2028. Da es aber aktuell noch keine belastbaren Zahlen für die Gesamtschülerzahl gäbe, kann man darüber in der heutigen Sitzung noch nicht beraten. Man möchte und muss eine klare Perspektive haben, wie es in den nächsten Schuljahren weitergehe. Es ist im Interesse aller Schulträger, ein starkes Angebot im gesamten Landkreis zu halten.

Für die Gesamtplanung brauche man nun etwas Zeit, um diese wichtigen Daten zusammenzustellen und um zu wissen, worüber wir genau sprechen. Dies betrifft insbesondere die Entwicklungsräume Rastede/Wiefelstede. Man habe sich intensiv mit allen Beteiligten ausgesprochen und möchte eine ähnliche Situation wie dieses Jahr auf jeden Fall vermeiden.

In Wiefelstede plane man mittelfristig mit einer sinkenden Schülerzahl.

Der Tagesordnungspunkt wird zur Aussprache gegeben.

Ausschussmitglied Sieckmann ergreift das Wort und weist auf eine unglückliche Situation, insbesondere für Eltern und Kinder, in diesem Jahr hin. Sie begrüßt die Planung auf Landkreisebene und hofft, dass man dann zukünftig auf etwaige Herausforderungen vorbereitet sei. Sie wünsche sich, sobald die Landkreisergebnisse vorliegen, man mit allen Betroffenen in den Austausch geht, um die Dinge gemeinsam zu erörtern.

Ausschussmitglied Geerdes schlägt die Gründung eines übergreifenden Arbeitskreises aus Mitgliedern des Landkreises, der Politik, der Elternvertretung, der Schülervvertretung, der Verwaltung und der Schulleitungen vor. Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Stolle, ob es sich hierbei um einen Antrag handele, bejaht Geerdes dies.

Ausschussmitglied Sieckmann schlägt vor, den Antrag gemeinsam zu stellen.

Ausschussmitglied Schönfeldt schlägt vor, die Ergebnisse des Landkreises als vorläufigen Plan zu titulieren und darauf aufbauend mit dem Arbeitskreis diesen fortan weiterzuentwickeln.

Der gemeinsame Antrag lautet wie folgt:

Ein Arbeitskreis soll unter Beteiligung des Landkreises, der Politik, der Elternvertretung, der Schülervvertretung, der Verwaltung und der Schulleitungen gebildet werden. Die Gründung dieses Arbeitskreises soll auf die Tagesordnung der Sitzung des Schulausschusses am 10.11.2026 gesetzt werden.

Es wird einstimmig beschlossen, die Gründung eines Arbeitskreises zur Schulentwicklungsplanung auf die Tagesordnung des nächsten Schulausschusses am 10.11.2026 zu setzen.

Anschließend wird über die Beratungsvorlage abgestimmt.

Es ergibt sich einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Der Sachstand wird zur Kenntnis genommen.

13. Anfragen und Mitteilungen

Baumaßnahmen OBS

FBL Neumann berichtet über die Vorbereitungen zur Ausschreibung der Umsetzung des Projektes Schulhofgestaltung Oberschule Wiefelstede.

Umgehend starten in den Sommerferien die Umbaumaßnahmen für die Erweiterung von vier Klassenräumen, teilt FBL Neumann weiter mit. Auch ist geplant, in diesem Zusammenhang unter anderem auch den Fußboden und die Elektrik zu erneuern.

Die Planungen bezüglich der Erneuerung der naturwissenschaftlichen Räume wurden aufgenommen. So spreche man derzeit mit den Fachlehrern.

Ferienbetreuung

Die Vergabe der Ferienbetreuungsplätze für die diesjährigen Sommerferien ist abgeschlossen.

Ab den Herbstferien ist auch der Landkreis aufgrund des Rechtsanspruches auf Betreuung auch in den Ferien in der Pflicht, was zunächst zu einer Doppelstruktur zwischen Pflicht und freiwilliger Leistung der Gemeinde führen wird, da nur Jahrgang 1 startet.

Die diesjährige Herausforderung lag weniger in der Gesamtzahl der Anmeldungen als vielmehr in deren Verteilung. Die Nachfrage konzentrierte sich in diesem Jahr außergewöhnlich stark auf die erste volle Ferienwoche. Für diese Kinder wurden alternative Betreuungszeiträume angeboten.

Ferner blieben die Belegungslisten bis zum Ende der Anmeldefrist in Bewegung. Durch die Stornomöglichkeit wurden auch kurz vor Fristablauf noch ganze Wochenkontingente wieder frei.

Das hinzugewählte Mitglied Pargmann fragt nach einem möglichen Tausch von Plätzen nur unter den Eltern, wenn Ab- und Anmeldefristen versäumt wurden.

Dem erwidert die Verwaltung. Es sei schwierig, einen eigenständigen Tausch von Plätzen zwischen Eltern zuzulassen. Der Verwaltungsaufwand dahinter stehe in keinem Verhältnis und die Dokumentation wird durch nachträgliche Tausche erschwert. Wird in einem Einzelfall ein Tausch zugelassen, entsteht die Erwartung, dass dies auch in anderen Fällen möglich ist. Dadurch würden die festgelegten Fristen und Vergaberegeln an Verbindlichkeit verlieren.

FBL Neumann teilt hierzu mit, dass die Gemeinde auch schon dabei sei, dass diesjährige Verfahren zu eruieren, nehme aber auch gerne weitere Anregungen und Vorschläge entgegen.

Ausschussvorsitzende Stolle bedankt sich bei der Schulleitung Frau Tapken für das Verständnis bezüglich der umfangreichen Baumaßnahmen und bedankt sich außerdem ganz herzlich bei allen Beteiligten für die Möglichkeit der Begehung der Grundschule Wiefelstede.

14. Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Thom bemerkt, dass sie in ihrer vorherigen Anstellung bei der Gemeinde Ovelgönne eine beratende Funktion im Ausschuss innehatte. Jetzt ist sie nicht einmal geladener Gast und bekommt keine Informationen.

Bürgermeister Pieper lädt daraufhin Frau Dr. Thom ein, an den öffentlichen Sitzungen als ZuhörerIn teilzunehmen. Da sie nicht Mitglied des Ausschusses ist, hat sie auch kein Rederecht im Ausschuss. Es sei denn, der Ausschuss räumt ihr ein Rederecht ein.

Eine Einwohnerin teilt mit, dass Bürgermeister Krause die vom Landkreis ausgesprochene Aufnahmeverpflichtung der Wiefelsteder Schüler an der KGS Rastede rechtlich prüfen lasse. Ihr Kind wurde nachträglich aufgenommen. Es stellt sich die Frage, ob die Gemeinde Rastede im Nachhinein gegen die Aufnahme der Wiefelsteder SchülerInnen klagen könne.

Die gemeinsame Auffassung des Landkreises, der Gemeinde Wiefelstede und auch des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung ist, dass die Aufnahme der Wiefelsteder Kinder rechtens ist, erklärt Bürgermeister Pieper. Die Gemeinde Rastede wird im Falle einer Klage nichts gegen die Aufnahme der Wiefelsteder Kinder in dem Schuljahr 2026/2027 ausrichten können.

Eine weitere Frage der Einwohnerin ist, ob in Wiefelstede erst einmal keine Sekundarstufe II geplant ist.

In der Sekundarstufe II sind die Wiefelsteder Schüler in Rastede herzlich willkommen, teilt Bürgermeister Pieper mit. Es besteht ein hohes Interesse, die SchülerInnen weiter aufzunehmen, um das Angebot in KGS aufrechterhalten zu können.

Herr Heep fasst zusammen, dass die KGS die Sekundarstufe II mit Wiefelsteder SchülerInnen auffüllen lässt, aber keine Neugymnasiasten möchte. Er stellt die Frage, ob kommuniziert wurde, dass es ja nicht sein kann, dass Rastede sich die „Rosinen“ rauspickt.

Bürgermeister Pieper antwortet, dass in den Sitzungen mit der Gemeinde Rastede darauf hingewiesen wurde, dass so eine Praxis nicht sein kann.

Frau Brünjes hat ein Kind, das als Geschwisterkind in Rastede aufgenommen wurde. Sie teilt mit, dass ein Elternvertreter der Rasteder SchülerInnen gegen die Wiefelsteder SchülerInnen „Brandbriefe“ schreibe. Die Wiefelsteder SchülerInnen fühlen sich dadurch nicht gewollt und willkommen.

Bürgermeister Pieper erklärt, dass die Gemeinde Rastede Platz schaffen müsse, um die Wiefelsteder SchülerInnen aufzunehmen.

Frau Haselbach hakt noch einmal nach und fragt was die Gemeinde Wiefelstede aktiv macht, um die Gemeinde Rastede zu unterstützen. Die KGS sagt den Eltern, wir haben „keinen Stuhl“ für ihr Kind.

Bürgermeister Pieper antwortet, dass man unterstützen wird, wenn die Gemeinde Rastede um Hilfe bittet. Die angebotenen Container hat die Gemeinde Rastede nicht angenommen. In Wiefelstede werde die Entwicklung der Schülerzahl beobachtet. Die Räume reichen noch aus, aber es wäre schon sehr eng. Die Gemeinde Rastede hat die Schulentwicklungsplanung in ihrer Gemeinde ohne die Gemeinde Wiefelstede einzubeziehen in Angriff genommen. Das ist unglücklich.

Frau Haselbach möchte wissen, warum Wiefelstede kein eigenes gymnasiales Angebot schaffe.

Bürgermeister Pieper antwortet, dass es bisher immer eine gut funktionierende bestehende Struktur mit der Gemeinde Rastede aber auch im Landkreis Ammerland gab.

Frau Dr. Thom fragt nach, warum immer das Gymnasium Bad Zwischenahn als zuständiges Gymnasium benannt wird, dies sei rechtlich nicht richtig. Warum werden aber keine Gespräche mit Bad Zwischenahn geführt.

Ausschussvorsitzende Stolle entgegnet, dass es Gespräche mit Bad Zwischenahn gibt. Bezüglich der Zuständigkeit des Bad Zwischenahner Gymnasiums gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen.

Ausschussvorsitzende Stolle fasst zusammen, dass man versteht, dass es schwierig sei, die Diskussionen auszuhalten. Es werden aber weiterhin konstruktive Gespräche geführt.

15. Schließung der öffentlichen Sitzung

Ausschussvorsitzende Stolle schließt die öffentliche Sitzung um 18:48 Uhr.

gez. Irmgard Stolle

gez.
Fachbereichsleiter/in

gez. Dörte Sundermann
Protokollführung